

## 6. Ordnungspolitisches Kolloquium des VDMA und der IMPULS-Stiftung

„Deutschland auf dem absteigenden Ast? Positionsbestimmung und  
Stellschrauben für Wettbewerbsfähigkeit“





## Grußwort

„Rote Laterne“, „Wachstums-Schlusslicht“, „kranker Mann“, „Europas Pflegefall“, „Siechtum“ – so und ähnlich tönt es wieder, wie bei einem Déjà-vu, auf allen Kanälen. Bloße wirtschaftspolitische Effekthascherei? Oder doch unangenehme Wahrheit? Klar jedenfalls ist: Zeit für eine bräsige Selbstzufriedenheit, für eine Politik der ruhigen Hand, die es trotzdem mühelos schafft, öffentliche und private Mittel großzügig zu beanspruchen, haben wir in Deutschland und Europa definitiv nicht mehr. Der Wind hat sich spürbar gedreht. Die Rolle als Konjunkturlokomotive hat Deutschland verloren, das Wachstum bleibt zurück. Im internationalen Vergleich ist die Steuerlast hoch. Als quälend lang werden die Planungs- und Genehmigungsverfahren empfunden. Bürokratische Pflichten sind für den industriellen Mittelstand zu einer drückenden finanziellen und personellen Belastung geworden. Bis zu drei Prozent des Umsatzes werden jährlich durch die Erfüllung gebunden, wohlgemerkt allein für Pflichten, die vom Bund stammen. Diese Liste ließe sich lange fortsetzen.

Defätismus ist dennoch fehl am Platz. So verfügt der Standort über ein herausragendes Innovationssystem. Beim Anteil der Ingenieurwissenschaften an den Hochschulabsolventen liegt Deutschland auf dem ersten Platz im OECD-Vergleich. Der industrielle Mittelstand ist kräftiger Motor für die deutsche und europäische Wirtschaft, die Beschäftigung und den Export. Megatrends wie Dekarbonisierung, Automatisierung und Digitalisierung werden hierzulande in innovative Lösungen übersetzt.

Das Wort von der „Politik als Kunst des Möglichen“ hat seine Berechtigung. Aber natürlich müssen wir über die politischen Möglichkeiten, über eine positive Agenda für mehr Wettbewerbsfähigkeit diskutieren. Der VDMA steht hier für eine ordnungspolitisch fundierte Marktwirtschaft, für Wettbewerb, für eine horizontale Industriepolitik, für unternehmerische Freiheit. Wie also ist es um unsere Wettbewerbsfähigkeit bestellt? Welche Stärken und Schwächen hat der Standort? Welche Herausforderungen ergeben sich für die Zukunft?

Das sechste ordnungspolitische Kolloquium der IMPULS-Stiftung des VDMA stand ganz im Zeichen dieser Fragen. Unser Motto war: „Deutschland auf dem absteigenden Ast? Positionsbestimmung und Stellschrauben für Wettbewerbsfähigkeit“. Besonderes Augenmerk haben wir dabei auf Arbeitsmarkt und Fachkräfte, Steuern und Finanzierung, Forschung und Innovation, Regulierung und Bürokratie gelegt, jeweils eingeleitet durch einen wissenschaftlichen Impuls. Dass Deutschland grundsätzlich reformfähig ist, hat der Prozess zur Agenda 2010 seinerzeit gezeigt. Auch dies wurde im Kolloquium eindrücklich aufgezeigt. Allen Vortragenden und Teilnehmenden dürfen wir an dieser Stelle herzlich danken. Politik, Wissenschaft und Unternehmen waren sich einig: Das Thema Wettbewerbsfähigkeit muss nach Jahren akuter Krisenpolitik wieder in den Fokus gerückt werden. Die folgenden Beiträge dokumentieren unsere Tagung. Wir wünschen Ihnen eine anregende und informative Lektüre!



**Henrik Schunk**  
Vorsitzender des Kuratoriums  
IMPULS-Stiftung



**Bertram Kawiath**  
Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums  
IMPULS-Stiftung



**Dr. Johannes Gernandt**  
Geschäftsführender Vorstand  
IMPULS-Stiftung



**Stefan Röger**  
Geschäftsführender Vorstand  
IMPULS-Stiftung



„Meterlange Aktenberge für die Genehmigung von Verkehrs- und Stromnetzen oder Industrieanlagen sollten der Vergangenheit angehören.“



## Eröffnung des Kolloquiums

Esra Limbacher, MdB und Mittelstandsbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion

Eine überbordende Bürokratie, anhaltend hohe Energiekosten, Fachkräftemangel und die grüne Transformation – unsere Wirtschaft und insbesondere unsere zweitgrößte Industrie, der Maschinen und Anlagenbau, stehen unter hohem Druck. Jetzt müssen die Weichen gestellt werden, um die Zukunft der deutschen Wirtschaft zu sichern und unsere Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. In Berlin nehme ich diese Sorgen sehr ernst und ich möchte Ihnen versichern, wir tun alles dafür, um die Wirtschaft kurzfristig zu unterstützen und langfristig zu entlasten. Und ich sage deutlich: Politik darf sich nicht darauf beschränken in schwierigen wirtschaftlichen Phasen auf staatliche Subventionen zu setzen. Deswegen liegt ein Augenmerk in meiner Arbeit darauf, wie wir bestehende, nicht zielführende, Belastungen für Unternehmen endlich beseitigen können. Belastungen, die immer mehr dazu führen, dass insbesondere mittelständische Unternehmen sich nicht mehr auf das eigentliche unternehmerische Ziel, sondern vielmehr auf Berichts- und Informationspflichten konzentrieren. Wir brauchen hier schnell eine veränderte staatliche Denkweise.

Denn: Die Herausforderungen sind vielfältig, vor allem aber die bürokratischen Belastungen werden zum Investitionshemmnis. Meterlange Aktenberge für die Genehmigung von Verkehrs- und Stromnetzen oder Industrieanlagen sollten der Vergangenheit angehören. Und die ersten Schritte sind gemacht: Wir reduzieren die Informationspflichten für Unternehmen, vereinfachen Steuern, Digitalisierung und Planungsverfahren für Unternehmen und Behörden. Über 100 Berichtspflichten sollen zeitnah abgeschafft werden – weitere müssen folgen. Jede gestrichene, jede vereinfachte Berichtspflicht hilft den Unternehmen und damit dem Wirtschaftsstandort Deutschland konkret. Und auch in Brüssel sorgen wir für einheitliche und praxistaugliche Strategien in der Digitalpolitik, bei Investitionen und in der Forschungsförderung.

Der größte Wettbewerbsnachteil droht jedoch schon jetzt durch den Mangel an Arbeitskräften. Umfangreiche Investitionen in Schulen, Lehrpersonal, Berufsausbildungen und Universitäten sind notwendig, ebenso wie starke Arbeitsanreize, gezielte Zuwanderung, unbürokratische Weiterbildungsangebote und eine echte Kita-Offensive. Durch die Verbesserung der Ausbildungsorientierung, die Schaffung von Weiterbildungsmöglichkeiten und die Reform des Einwanderungsrechts hat die Bundesregierung die richtigen Weichen gestellt. Diese müssen jetzt auch in den Auslandsvertretungen Deutschlands mit Leben gefüllt werden. In enger Abstimmung mit der Wirtschaft müssen diese Anstrengungen zielgerichtet intensiviert und ganzheitlich ausgebaut werden, um das Arbeitsangebot auch nach 2030 zu sichern, unsere Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten und den Industriestandort Deutschland für die Zukunft fit zu machen.

In der Tat muss Deutschland heute auf der Hut sein, dass es seine wirtschaftlichen Stärken nicht verspielt. Es liegt an uns allen dem derzeitigen Pessimismus etwas entgegenzusetzen. Mit den Worten Roman Herzogs gesagt: „Durch Deutschland muss ein Ruck gehen. (...) Die Deutschen haben die Kraft und den Leistungswillen, sich am eigenen Schopf aus der Krise herauszuziehen – wenn sie es sich nur zutrauen“.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Teilnehmenden des 6. ordnungspolitischen Kolloquiums der IMPULS-Stiftung für den offenen Dialog bedanken. Wir brauchen politische Mehrheiten, die den Staat nicht kleinreden und spalten. Stattdessen braucht es eine umfangreiche Industriestrategie und ein gutes Investitionsklima. Die umfassende Lösung hierfür kann nur ein schlanker und aktiver Staat sein, der Unternehmertum und Industrie ermöglicht, statt die deutsche Wirtschaft im internationalen und im Systemwettbewerb allein zu lassen.



„Die Ordnungspolitik bietet ein überzeugendes Rahmenwerk für das Bestreben, eine starke Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu gewährleisten.“

## Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland

Prof. Lars P. Feld, Direktor des Walter Eucken Instituts, und Joshua Hassib, Forschungsreferent am Walter Eucken Institut

Für den deutschen Mittelstand stellt die Gewährleistung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit eine maßgebliche Herausforderung dar. Einer Expertenbefragung des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) zufolge muss sich der deutsche Mittelstand nach wie vor mit den Folgen der Pandemie auseinandersetzen. Im Vordergrund stehen aber die Konsequenzen aus dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sowie die handelspolitischen Spannungen mit China und den damit einhergehenden protektionistischen Tendenzen und Debatten um Technologie-souveränität.

Diverse inländische Faktoren rütteln an der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstands. Hohe Lohnstückkosten, der demographische Wandel, im internationalen Vergleich hohe Energiekosten, starke steuerliche Belastungen und enorme Bürokratie- und Regulierungskosten verschlechtern die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands erheblich.

Die Beschränkung der Analyse auf inländische Faktoren hat den Vorteil, dass hier der Handlungsspielraum der deutschen Politik maßgeblich ist. Bei einem Blick auf den Arbeitsmarkt wird beispielsweise deutlich, dass der demographische Wandel den ohnehin schon bestehenden Fachkräftemangel in den nächsten Jahren und Jahrzehnten signifikant verstärken wird. Die demographische Entwicklung führt zu einem Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Deutschland. Das birgt eine große Herausforderung für das deutsche Altersvorsorgesystem. Vorschläge wie die deutsche Aktienrente sowie eine Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge können hierbei Abhilfe leisten.

Hinzu kommt, dass Erwerbstätige in Deutschland im Schnitt immer weniger arbeiten. Die Anzahl der gearbeiteten Stunden je Erwerbstätige sinkt. Gleichzeitig sind die Lohnstückkosten im internationalen Vergleich hoch und seit 2015 wieder nennenswert gestiegen. Nur das Vereinigte Königreich, Frankreich und Slowenien haben einen stärkeren Anstieg als Deutschland. Wichtige konkurrierende Volkswirtschaften wie die USA, Japan, Italien, Niederlande und Schweden haben eine deutlich günstigere Entwicklung der Lohnstückkosten und somit einen merklichen Wettbewerbsvorteil.

Ein weiterer wichtiger Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstands sind die hohen Energiepreise. Grundsätzlich zeigen die Zahlen eine Normalisierung der Rohöl- und Gaspreise. Doch die Spitzen im Jahr 2022 haben die Unternehmen signifikant unter Druck gesetzt. Außerdem befinden sich die Energiepreise in Deutschland trotz Normalisierung auf hohem Niveau. Im Vergleich zu konkurrierenden Volkswirtschaften wirkt sich das als Standortnachteil Deutschlands aus.

Die steuerliche Belastung ist ein weiteres Hemmnis für die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstands. Die effektive Durchschnittssteuerbelastung von Unternehmen liegt in Deutschland überdurchschnittlich hoch und nur Japan bietet im internationalen Vergleich mit nennenswerten Mitbewerbern eine höhere steuerliche Belastung für Unternehmen.

Zu guter Letzt führt die Bürokratie in Deutschland zu Ineffizienzen und wirkt sich insgesamt hemmend auf die deutsche Wettbewerbsfähigkeit aus. Es bedarf hier weniger einer kleinteiligen Politik als vielmehr einer grundlegenden Überprüfung aller politischen Einflüsse hinsichtlich ihres jeweiligen bürokratischen Aufwands. Außerdem kann ein verzeihlicherer öffentlicher Umgang mit Fehlzuordnung von beispielsweise Fördergeldern verhindern, eine überregulierte Bürokratie entstehen zu lassen, die jegliche unternehmerische Freiheit im Keim erstickt.

Viele dieser Faktoren liegen außerhalb des Handlungsspielraums der deutschen Politik. Einige der genannten Determinanten der deutschen Wettbewerbsfähigkeit lassen sich jedoch ändern. Die Rolle von Qualifikation und Zuwanderung im Kontext des demographischen Wandels, hohe Kosten durch die Bürokratie, die starke steuerliche Belastung – auf diese drei Bereiche sollten sich die Entscheidungsträger und -trägerinnen konzentrieren.

Die Ordnungspolitik bietet ein überzeugendes Rahmenwerk für das Bestreben, eine starke Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu gewährleisten. In Abgrenzung zur Prozesspolitik, die direkt in das Marktgeschehen eingreift, versucht die Ordnungspolitik Marktergebnisse zu beeinflussen, indem der Staat den Regelrahmen verändert. Dies minimiert die Anzahl der Eingriffe politischer Natur, die häufig zu Ineffizienz und Willkür führt. Subventionen sind ein Beispiel für Prozesspolitik. So liegt der Grund für die hohen Investitionen, die derzeit noch in den USA zu

sehen sind, bislang kaum im Inflation Reduction Act und seiner subventionsorientierten Prozesspolitik, sondern vielmehr an dem insgesamt deutlich günstigeren Investitionsumfeld in den USA durch niedrigere steuerliche Belastung, geringere Energiekosten und generell weniger Regulierung.

Eine internationale Regelordnung ist entscheidend für die Koordination von Anliegen, die über (supra-)nationale Grenzen hinausgehen. Demnach ist eine internationale Rahmensetzung, etwa im Kontext sogenannter Klima-Clubs, erstrebenswert. Hier wird ein gemeinsamer Markt geschaffen, der von einheitlichen und verbindlichen Regeln (hier: CO<sub>2</sub>-Bepreisung) eingegrenzt ist und in dessen Marktgeschehen nicht fortlaufend eingegriffen werden muss.

Offene Märkte nach innen wie außen sind ein weiteres wichtiges Prinzip der Ordnungspolitik. Regeln, die Mitbewerber beim Markteintritt behindern, sind im Sinne der Ordnungspolitik nicht erstrebenswert. Das gilt sowohl im inneren Sinne, dass bürokratische Vorgaben Fachkräfte beispielsweise mit fehlenden Sprachzeugnissen nicht von der Einstellung ausschließen. Das Prinzip der offenen Märkte gilt aber auch nach außen. Internationale Arbeitsteilung ist wichtig. Einfuhrzölle oder andere protektionistische Maßnahmen verhindern einen regelbasierten Wettbewerb unter Unternehmen. Wie am Handelskonflikt zwischen China und USA ersichtlich, sind Eingriffe häufig politischer Natur und deshalb unerwünscht.



Preise müssen zudem flexibel sein. Das gilt etwa hinsichtlich der Flexibilität der Löhne. Löhne sind der Preis für Arbeit. Dieser Preis für Arbeit sollte sich gemäß der Nachfrage nach Arbeitskraft entwickeln können. Die Wahrung eines sozialverträglichen Mindeststandards ist hierbei selbstverständlich, muss aber nicht über gesetzliche Eingriffe in die Lohnfindung erfolgen.

Als ein aktuelles Beispiel für die Verzerrung von Preisen kann der von Teilen der Bundesregierung lange geforderte Industriestrompreis gesehen werden. Hier würde durch staatlichen Eingriff Strom vergünstigt für eine exklusive Auswahl an Unternehmen, die lediglich nach politischen Maßstäben erfolgt ist.

Einhergehend mit der hervorgehobenen Rolle der Preise gilt das Primat der Währungspolitik. Die Informationsfunktion von Preisen wird erheblich gestört durch Veränderungen des Geldwerts aufgrund übermäßiger Inflation. Eine stabile Währung ist somit zentrale Bedingung für zuverlässige Preissignale und nachhaltige Finanzierung.

Für die Zukunft der deutschen Wettbewerbsfähigkeit sollte es vor allem um eine Stärkung des Potenzialwachstums gehen und weniger um die Abfederung konjunktureller Effekte. Das bedeutet eine Freilösung der unternehmerischen Freiheit innerhalb eines regelbasierten Rahmens. Die Ordnungspolitik bietet dafür ein geeignetes Rahmenwerk.



„Erfolgreich bewältigen werden wir die Krisen nur mit Mut, Entschlossenheit und Risikobereitschaft, mit Investitionen in Infrastruktur, Bildungssystem und die klimaneutrale Transformation.“

## Krisen bewältigen – was wir aus der Agenda 2010 lernen können

Dr. Edelgard Bulmahn, Bundesministerin a.D.

Ein Blick in die Geschichte unseres Landes zeigt, drängende Veränderungen und tiefgreifende Reformen werden häufig erst dann in Angriff genommen, wenn Gesellschaft und Wirtschaft durch Krisen erschüttert werden, ein „Weiter so“ schlichtweg nicht mehr funktioniert. In den 90er Jahren hat man die anhaltende Massenarbeitslosigkeit durch einen massiven finanziellen Mitteleinsatz zu übertünchen versucht, notwendige Reformen allerdings unterlassen. Reformstau war das Wort des Jahres 1997.

Einen Reformstau, den die von Bundeskanzler Gerhard Schröder geführten Bundesregierungen versucht haben aufzulösen. Nennen möchte ich nur die Arbeitsmarktreformen, die Senkung der Körperschaftsteuer, die Energiewende, den mit einer Senkung der Rentenversicherungsbeiträge verknüpften Einstieg in die Ökosteuer, den Aufbau von Ganztagschulen, den Pakt für Forschung, die Exzellenzinitiative oder die Reform des Staatsbürgerrechts. Alles Reformen, die letztlich zu einem erheblichen wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen haben.

Gegenwärtig scheinen wir von einer Krise in die nächste zu stolpern. Corona-Krise, Ukraine-Krise, Demographie-Krise, Flüchtlings-Krise, Klima-Krise oder Fachkräfte-Krise sind die Stichworte. Zugleich wird deutlich, dass wir in den letzten Jahren auf Kosten der Substanz gelebt haben. Mit dem Blick auf die „schwarze Null“ wurden Investitionen in die Infrastruktur, Kitas oder Schulen unterlassen, die überfällige Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung vernachlässigt und die klimaneutrale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft nicht ausreichend vorangebracht. Zugleich ist die Fragilität unseres Wirtschaftsmodells deutlich geworden. Der russische Angriffskrieg hat die Energiekosten dras-

tisch erhöht. Zugleich ist die Hoffnung auf eine dauerhafte Friedensdividende nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zerplatzt, neue Allianzen autoritärer Machthaber sind entstanden. Die infolge der Corona-Krise eingetretenen Lieferengpässe haben die deutsche Wirtschaft nachhaltig geschwächt und die Abhängigkeit von China deutlich gemacht.

Grundlegende Veränderungen, die in die Lebensgewohnheiten der Menschen eingreifen, verunsichern, lösen Ängste aus und führen zum Vertrauensverlust in die bestehenden Institutionen, in die Demokratie. Dem müssen wir alle gemeinsam Rechnung tragen, indem wir erklären, deutlich machen, was notwendig ist, und vermitteln, was wir mit Innovationen, Reformen und Veränderungen gewinnen. Erfolgreich bewältigen werden wir die Krisen nur mit Mut, Entschlossenheit und Risikobereitschaft, mit Investitionen in Infrastruktur, Bildungssystem und die klimaneutrale Transformation. Und dies wird ohne zusätzliche Mittel nicht zu leisten sein. Die Schuldenbremse des Grundgesetzes darf jedenfalls nicht als Ausrede dienen, um überfällige Investitionen zu unterlassen.



„Wir sind bei Vielem schlicht zu langsam und sehen die notwendigen Transformationen leider immer als Belastung, als Störung des Modells Deutschlands, anstatt die darin liegenden Chancen mutig wahrzunehmen.“



## Vier Fragen an: Prof. Jakob Edler

Geschäftsführender Institutsleiter des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung ISI

### Wie schätzen Sie die generelle internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland ein?

Die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes ist nach wie vor sehr gut, und wir sollten uns davor hüten, ihn schlecht zu reden. Was mir allerdings Sorge bereitet, ist die Tatsache, dass wir gedanklich in einem Modell Deutschland verhaftet sind, das sich sehr stark auf die Leitbranche Automobil konzentriert, und die Stärke der Vielfalt und der Erneuerung nicht mutig annimmt und nutzt. Wir sind bei Vielem schlicht zu langsam und sehen die notwendigen Transformationen leider immer als Belastung, als Störung des Modells Deutschlands, anstatt die darin liegenden Chancen mutig wahrzunehmen.

### Wo stehen wir konkret beim Thema Innovationsfähigkeit?

Deutschland ist im internationalen Vergleich der großen Volkswirtschaften nach vielen gängigen Indikatoren immer noch hervorragend aufgestellt. Im aktuellen Innovationsindikator, den das Fraunhofer ISI mit Roland Berger und dem BDI erstellt hat, hat das Land von den großen Wettbewerbern nur Südkorea vor sich. Allerdings ist der Abstand zu anderen großen Ländern geschrumpft, neben dem großen Konkurrenten China haben auch Großbritannien und Frankreich aufgeholt. Und wir sehen erste Zeichen für eine nachlassende Innovationsdynamik auch in der Breite der Verarbeitenden Industrie.

### Wo sehen Sie hier den größten Schwachpunkt, wo eine besondere Stärke?

Die wichtigste Schwäche ist der Fachkräftemangel, was zu weniger Dynamik bei Erstellung und Diffusion von Innovationen führen wird. Zu schwach ist auch die Umsetzung von Neuerungen in den Markt, weniger im Transfer von Wissen in bestehende Firmen als im Bereich der Start-ups, Stichwort mangelndes Wagniskapital. Im Hochtechnologiebereich ist das Bild gemischt, in den Produktions- und Nachhaltigkeitstechnologien sind wir nach wie vor führend weltweit, bei digitalen, softwarebasierten Innovationen sind wir zu träge und unser Saldo im Außenhandel in Bezug auf Hochtechnologien verringert sich.

### Was sind die Stellschrauben, um bei der Innovationsfähigkeit langfristig wettbewerbsfähiger zu werden?

Wir müssen die Investitionen in FuE stärken, für die Breite der Industrie wie für die großen Unternehmen, welche zu wenig langfristige Forschung betreiben. Das ist angesichts des Hochtechnologiewettbewerbs und notwendiger Technologiesouveränität problematisch. Der Staat sollte deswegen die Forschungszulage weiter vereinfachen, KMU auch in Bezug auf Absorption von Prozesstechnologien unterstützen sowie aktive Technologiepolitik betreiben, ohne dabei einzelne Technologien auszusondern. Und er sollte mit gezielten Programmen den Ausbau von Plattformansätzen und neuen Geschäftsmodellen unterstützen.



„Lebenslange berufliche Weiterbildung muss zur Normalität werden. Deutschland muss als Zuwanderungsland, insbesondere für hochqualifizierte Fachkräfte, noch attraktiver werden.“

## Vier Fragen an: Prof. Bernd Fitzenberger

Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit

### Wie schätzen Sie die generelle internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland ein?

Die Produktivität der Arbeit im Jahr 2022 ist in Deutschland im internationalen Vergleich nach wie vor sehr hoch (Platz 10 weltweit und über dem Durchschnitt der G7). Noch wichtiger ist jedoch das Verhältnis zwischen Reallohn und Arbeitsproduktivität, die Lohnstückkosten, im Vergleich zu den Haupthandelspartnern. Diese haben sich in den 1990er und 2000er Jahren für Deutschland stark verbessert, seit 2012 haben sie sich wieder etwas verschlechtert. Die Löhne entwickelten sich in den letzten Jahren moderat, die Produktivität pro Erwerbstätigen steigt seit Mitte der 2010er Jahre nur noch kaum.

### Wo stehen wir konkret beim Thema Arbeitskräfte/Qualifikation?

Laut Projektionen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und IAB wird die Erwerbsbevölkerung in der langen Frist (bis 2040) trotz Nettozuwanderung rapide sinken. Eine steigende Erwerbsbeteiligung mildert aber den Rückgang des Arbeitskräfteangebots. Aufgrund der Transformation der Wirtschaft sinkt langfristig auch der Arbeitskräftebedarf, allerdings schwächer als das Arbeitskräfteangebot. Die Erwerbstätigen werden im Durchschnitt ein höheres Qualifikationsniveau aufweisen, allerdings wird es auch Personalengpässe in Fachkraft- und Helfertätigkeiten geben.

### Wo sehen Sie hier den größten Schwachpunkt, wo eine besondere Stärke?

Das deutsche System der dualen Ausbildung ist grundsätzlich geeignet, um qualifizierte Fachkräfte für den Arbeitsmarkt auszubilden. Aktuell besteht jedoch ein akuter Bewerbermangel und es bestehen zunehmende berufliche Passungsprobleme. Wenn hier keine Trendwende gelingt, verschärft dies den Fachkräftemangel in der Zukunft. Um Jugendliche für eine für sie passende Ausbildung zu gewinnen, sollte die Berufsorientierung und -beratung weiter gestärkt werden und der Kontakt zu Betrieben intensiviert werden.

### Was sind die Stellschrauben, um beim Thema Arbeitskräfte/Qualifikation langfristig wettbewerbsfähiger zu werden?

Da große Umbrüche innerhalb der Berufe zu erwarten sind, müssen Ausbildungen so gestaltet werden, dass alle Auszubildenden mit den neuesten technologischen Innovationen in ihrem Beruf vertraut gemacht werden. Lebenslange berufliche Weiterbildung muss zur Normalität werden. Deutschland muss als Zuwanderungsland, insbesondere für hochqualifizierte Fachkräfte, noch attraktiver werden. Deutschland ist zu wenig attraktiv für migrationswillige hochqualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland, Gründe sind u.a. bürokratische Hindernisse sowie Schwierigkeiten bei der Anerkennung von Qualifikationen.



„Ausgeprägte fiskalische Disziplin und vergleichsweise niedrige öffentliche Schulden schaffen günstige Finanzierungsbedingungen und Spielräume in Krisenzeiten. Das darf jedoch nicht notwendige Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Innovationen behindern.“



## Vier Fragen an: Dr. Nicola Brandt

Leiterin des OECD Berlin Centre

### Wie schätzen Sie die generelle internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland ein?

Deutschlands wirtschaftliche Stärke beruht traditionell auf einem vorbildlichen Innovationssystem, einer gut qualifizierten Bevölkerung und anpassungsfähigen, bestens in internationale Lieferketten integrierten Unternehmen. Allerdings bringen Infrastrukturinvestitionsstau, schleppende Digitalisierung und die rasche Bevölkerungsalterung bei zunehmend schwächeren Bildungsergebnissen diese Vorteile derzeit in Gefahr. Da Deutschland nicht mit preislicher Wettbewerbsfähigkeit, etwa niedrigen Arbeits- und Energiekosten oder Steuern punkten kann, muss das Land jedoch ein Technologieführer bleiben.

### Wo stehen wir konkret beim Thema Steuern/Finanzierung?

Die deutsche Steuer- und Abgabenquote liegt über dem OECD-Durchschnitt. Besonders niedrige Arbeitseinkommen und Zweitverdiener (meistens Frauen) sind relativ stark belastet, was zum akuten Fachkräftemangel beiträgt. Gleichzeitig sind Grundsteuern, die wirtschaftliche Entscheidungen weniger verzerren, relativ gering. Und es gibt ineffiziente Ausnahmen bei Steuern auf Erbschaften und Immobilien. Auch wenn die CO<sub>2</sub>-Bepreisung steigt, sind Umweltsteuern uneinheitlich und es gibt weiter ineffiziente Ausnahmen. Wachstumsfinanzierung für innovative Start-ups ist ausbaufähig.

### Wo sehen Sie hier den größten Schwachpunkt, wo eine besondere Stärke?

Ausgeprägte fiskalische Disziplin und vergleichsweise niedrige öffentliche Schulden schaffen günstige Finanzierungsbedingungen und Spielräume in Krisenzeiten. Das darf jedoch nicht notwendige Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Innovationen behindern, die besonders in einem Umfeld relativ hoher Steuern entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit sind. Prioritätensetzung bei öffentlichen Ausgaben und deren Effizienz sind verbesserungswürdig. Die Steuerdurchsetzung krankt an mangelnder Koordination zwischen den Bundesländern und unzureichender Datenerhebung und -analyse.

### Was sind die Stellschrauben, um beim Thema Steuern/Finanzierung langfristig wettbewerbsfähiger zu werden?

Konsequenterer Planung und eine Kultur umfassender Evaluation würden der Prioritätensetzung und größerer Ausgabeneffizienz dienen. Eine bundesweit koordinierte Erhebung und Analyse von Steuerdaten, zur Konzentration von Steuerprüfungen auf besondere Risiken, und bessere Zusammenarbeit der Länder bei der Steuerdurchsetzung könnten die öffentlichen Einnahmen deutlich verbessern. Und schließlich würden bessere Möglichkeiten für institutionelle Anleger, auch in Wagniskapital zu investieren, die Finanzierungsbedingungen für innovative Start-ups stärken.



„Wir müssen grundsätzlich weg vom Befehls- und Kontrollansatz des Obrigkeitsstaates hin zu einem stärker vertrauensbasierten Ansatz, bei dem Regulierungen als eine wichtige Rahmenbedingung im internationalen Standort- und Innovationswettbewerb verstanden werden.“

## Vier Fragen an: Prof. Friederike Welter

Präsidentin des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn, Professorin an der Universität Siegen

### Wie schätzen Sie die generelle internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland ein?

Betrachtet man Länderrankings zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit, so scheint der Wirtschaftsstandort Deutschland an Attraktivität verloren zu haben. Ein großes Plus des Standorts Deutschland, das sich aber in den Rankings nicht widerspiegelt, ist der Mittelstand. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf dessen hohe wirtschaftliche Bedeutung, sondern auch aufgrund seiner ausgeprägten gesellschaftlichen Verantwortung. Damit dieser auch weiterhin seine Stärken im (globalen) Wettbewerb ausspielen kann, bedarf es einer Ordnungspolitik, die verlässliche Rahmenbedingungen setzt – und Potenziale fördert.

### Wo stehen wir konkret beim Thema Bürokratie/Regulierung?

Seit 2006 ist ein umfassendes Instrumentarium initiiert worden, um Bürokratie zu verringern und eine bessere Rechtsetzung zu gewährleisten. In den Unternehmen herrscht hingegen das Gefühl, dass die bürokratischen Vorgaben seitens des Staates – aber auch von Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft, Normungsinstituten oder innerhalb von Wertschöpfungsketten – stetig steigen. Für kleinere Unternehmen sind zudem die relativen Bürokratiekosten aufgrund des Fixkostencharakters vieler bürokratischer Erfordernisse und des geringer ausgeprägten Spezialwissens höher als bei größeren Unternehmen.

### Wo sehen Sie hier den größten Schwachpunkt, wo eine besondere Stärke?

Ich sehe drei wesentliche Schwachpunkte, die miteinander zusammenhängen: fehlende Realitätsnähe, mangelnde Praxistauglichkeit und Unverhältnismäßigkeit vieler Vorschriften. Der Mittelstand, so unsere Befragungen, wünscht sich ein deutlich höheres Ausmaß an Vertrauen und Freiräumen in der Regulierung. Eine besondere Stärke stellt die hohe Bereitschaft des Mittelstands dar, am Prozess des Bürokratieabbaus mitzuwirken. Auch hervorzuheben ist der Nationale Normenkontrollrat, der in dieser Form einzigartig in Europa ist und mit ganzheitlich ausgerichteten Vorschlägen zum Bürokratieabbau bzw. -reduzierung beiträgt.

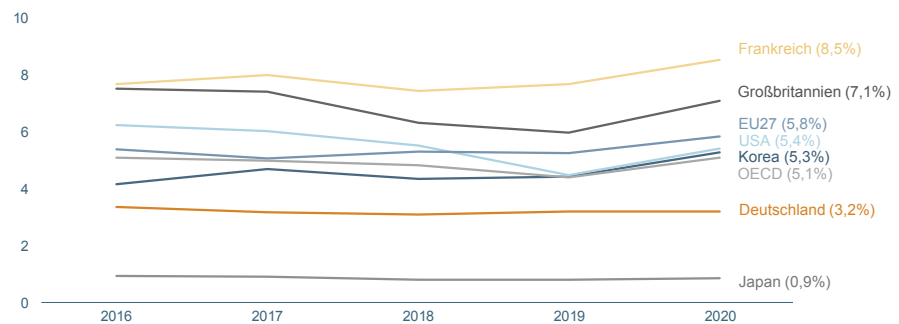
### Was sind die Stellschrauben, um beim Thema Bürokratie/Regulierung langfristig wettbewerbsfähiger zu werden?

Bürokratieabbau ist hochkomplex. Daher kann und wird es keine schnellen – und vermutlich auch nie dauerhafte – Lösungen geben. Wir müssen allerdings grundsätzlich weg vom Befehls- und Kontrollansatz des Obrigkeitsstaates hin zu einem stärker vertrauensbasierten Ansatz, bei dem Regulierungen als eine wichtige Rahmenbedingung im internationalen Standort- und Innovationswettbewerb verstanden werden. Zudem gilt es, gerade auch im internationalen Vergleich bei der Digitalisierung aufzuholen. Dazu zählt nicht zuletzt, nun endlich auch bei der Register- und Verwaltungsmodernisierung voranzukommen.

## Faktor Innovationsfähigkeit: Staatlicher Finanzierungsanteil an FuE

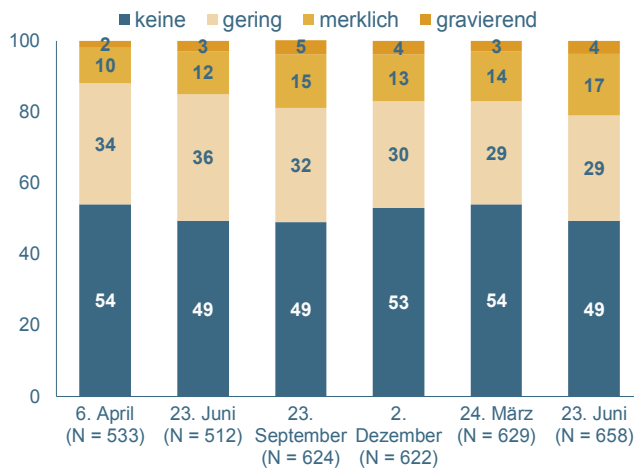
Im Vergleich zu anderen Ländern ist der staatliche Finanzierungsanteil an den FuE-Ausgaben des Unternehmenssektors in Deutschland gering. 2020 kamen 88,2 Prozent der Aufwendungen von den Unternehmen selbst und nur 3,2 Prozent vom Staat (der Rest stammt aus Wissenschaft und ausländischen Finanzierungsquellen). Noch geringer ist der staatliche Finanzierungsanteil bei Unternehmen des deutschen Maschinenbaus (siehe nächste Folien).

Staatlicher Finanzierungsanteil an FuE-Ausgaben des Unternehmenssektors in %

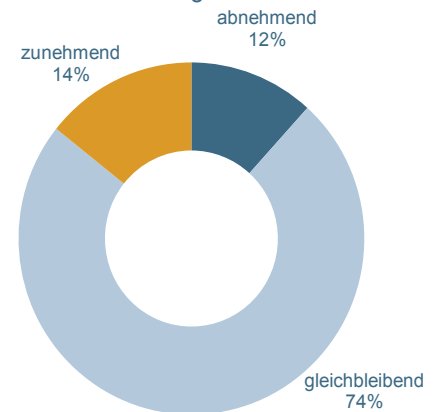


Quelle: OECD

## Faktor Finanzierung: Liquiditätsengpässe im Maschinen- und Anlagenbau



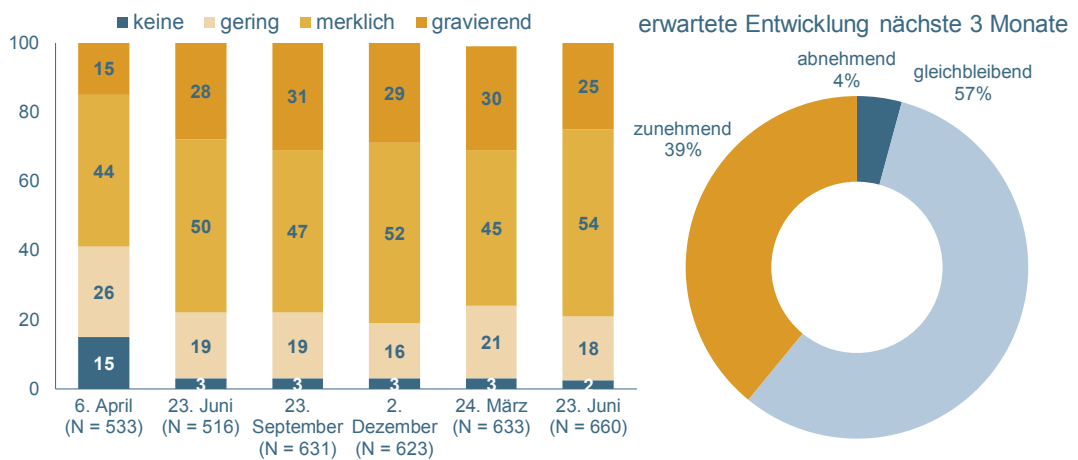
erwartete Entwicklung nächste 3 Monate



Quelle: VDMA Blitzumfragen, April 2022 bis Juni 2023

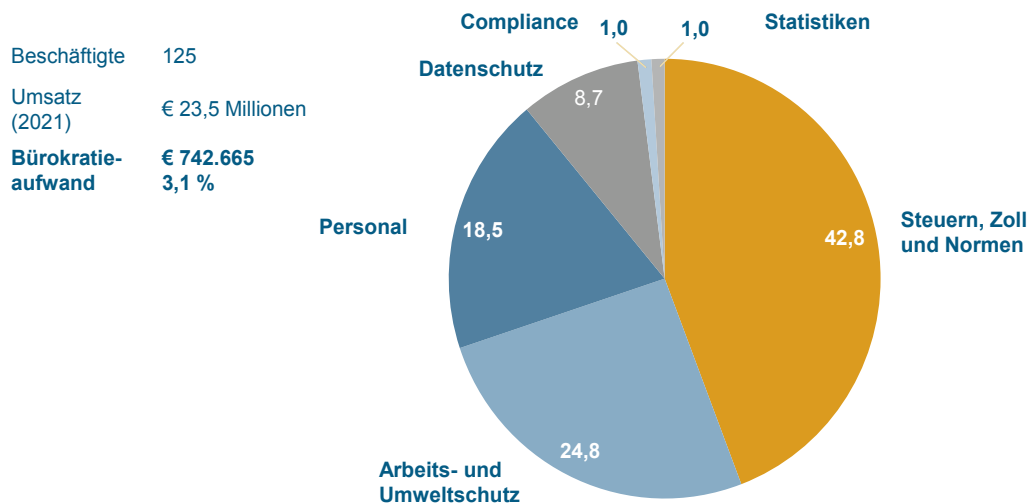


## Faktor Fachkräfte: Engpässe im Maschinenbau, aktuelle Beeinträchtigung und Entwicklung

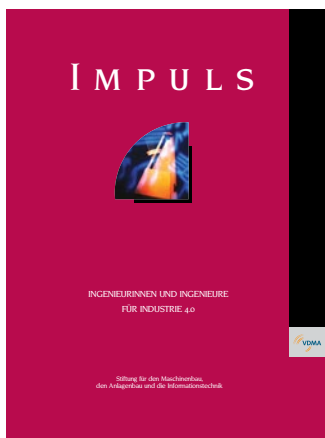


Quelle: VDMA Blitzumfragen, April 2022 bis Juni 2023

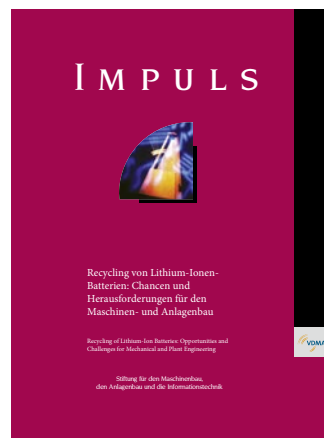
## Faktor Regulierung: Bürokratiekosten in einem exemplarischen Maschinenbau-Unternehmen



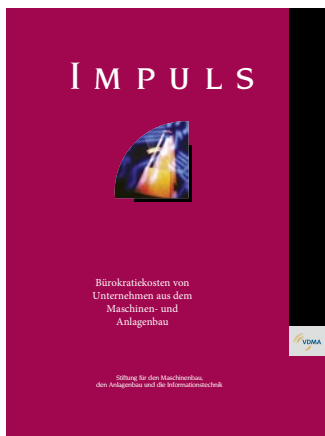
In Prozent; Quelle: IfM



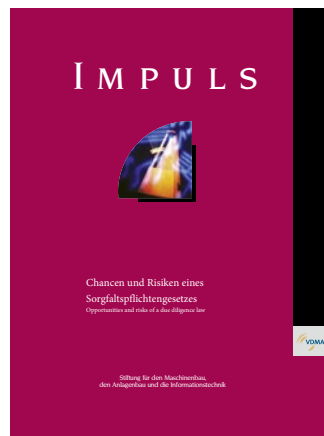
**Ingenieurinnen und Ingenieure für Industrie 4.0:** Industrie 4.0 stellt neue Anforderungen an die Ingenieursausbildung. Erstmals wird ein Soll-Profil aus Sicht der Maschinenbau-Industrie vorgelegt und mit der Realität an den Hochschulen gespiegelt. Quintessenz ist, dass neue Qualifikations- und Kompetenzprofile für die digitale Transformation gebraucht werden.



**Recycling von Lithium-Ionen-Batterien:** Der Batterie-Markthochlauf muss möglichst nachhaltig stattfinden. Da kommt das Batterie-recycling ins Spiel. Recycling lohnt sich ökonomisch und ökologisch: weniger Ressourcen, weniger CO<sub>2</sub>, weniger Rohstoff-Abhängigkeit – und: mehr Arbeitsplätze und Investitionen in Deutschland und Europa.



**Bürokratiekosten von Unternehmen aus dem Maschinen- und Anlagenbau:** Bürokratische Pflichten sind zu einer erheblichen Belastung geworden, die auch Investitionen auszubremsen droht. Kleinere Unternehmen leiden am meisten unter den Kosten und fehlendem E-Government. Erstmals wird die individuelle Bürokratiebelastung im Maschinenbau exemplarisch aufgezeigt.



**Chancen und Risiken eines Sorgfaltspflichtengesetzes:** Analysiert werden die Auswirkungen des Sorgfaltspflichtengesetzes. Zentrale Ergebnisse sind, dass Zulieferern aus Entwicklungsländern die Möglichkeit zu Wohlstand durch Handel zu kommen, erschwert wird und dass die internationale Arbeitsteilung zurückgeht. Besonders betroffen ist der Maschinenbau in Deutschland.

# Porträt IMPULS-Stiftung

Impulse geben für eine gute Zukunft. Das ist Ziel der IMPULS-Stiftung. Gegründet wurde die Stiftung vor rund 30 Jahren. Anlass war das 100-jährige Bestehen des VDMA. Seitdem hat sich die IMPULS-Stiftung kontinuierlich für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes engagiert: Weit über 100 Projekte wurden aus Spenden und Erträgen des Stiftungsvermögens gefördert. Wichtigstes Instrument der IMPULS-Stiftung sind Studien, die im Wettbewerbsverfahren an wissenschaftlich führende Expertinnen und Experten vergeben werden. Hinzu kommen zwei Veranstaltungsformate: neben dem ordnungspolitischen Kolloquium führt die Stiftung auch innovationspolitische Kamingsgespräche durch.

Thematische Schwerpunkte liegen zum einen auf der Wirtschaftspolitik, zum anderen auf der Bildungs- und Innovationspolitik. Aktuelle Themen, die schnelles Reagieren erfordern, oder auch Machbarkeitsstudien für größere IMPULS-Projekte werden im Zuge von IMPULS-Kurzstudien bearbeitet. Wichtigstes Organ der Stiftung ist das Kuratorium. Dieses fungiert in erster Linie als Ideengeber, Aufsichtsorgan und Botschafter der IMPULS-Stiftung. Hier engagieren sich neben Präsidium und Hauptgeschäftsführung des VDMA exponierte Persönlichkeiten aus Industrie, Wissenschaft und Politik.

## Ausgewählte Studien

### Bildungs- und Innovationspolitik

- Ingenieurinnen im Maschinen- und Anlagenbau
- Frugale Innovation im Maschinen- und Anlagenbau
- Dual studieren im Maschinenbau
- Digital-vernetztes Denken in der Produktion
- Karriereperspektiven mit beruflicher Ausbildung im Maschinen- und Anlagenbau

### Wirtschafts- und Ordnungspolitik

- Digitale Marktabschottung
- Produktivitätsparadoxon im Maschinen- und Anlagenbau
- Nutzen von Labels im Maschinen- und Anlagenbau
- Messbarkeit von Wettbewerbsfähigkeit
- Lieferketten nach Corona







Der Maschinen- und Anlagenbau steht für Innovation, Exportorientierung, Mittelstand und beschäftigt rund drei Millionen Menschen in der EU, davon mehr als 1,2 Millionen allein in Deutschland. Mit einer Wertschöpfung von rund 280 Milliarden Euro (2022) steuert der Maschinen- und Anlagenbau den höchsten Anteil des Verarbeitenden Gewerbes zum europäischen Bruttoinlandsprodukt der EU-27 bei. Der VDMA vertritt rund 3.600 deutsche und europäische Mitgliedsunternehmen. Seine wirtschaftspolitischen Positionen leiten sich aus der Überzeugung ab, dass Wettbewerb, Eigenverantwortung und

offene Märkte Grundlage sind für den von Innovationen und Investitionen getragenen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Erfolg.

Mehr Informationen unter  
[https://www.vdma.org/  
wirtschaftspolitik-gesellschaftspolitik](https://www.vdma.org/wirtschaftspolitik-gesellschaftspolitik)



## Impressum

### VDMA

Lyoner Str. 18  
60528 Frankfurt am Main  
Telefon 069 6603-1829

### Redaktion

Dr. Johannes Gernandt  
Stefan Röger

### Design und Layout

DesignStudio  
Gabriela Neugebauer

### Produktion

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG  
Frankfurt am Main

### Bildnachweis

Salome Roessler/lensandlight  
IMPULS-Stiftung  
OECD



## IMPULS-Stiftung

Dr. Johannes Gernandt  
Geschäftsführender Vorstand

Stefan Röger  
Geschäftsführender Vorstand

Lyoner Straße 18  
60528 Frankfurt am Main  
Telefon +49 69 6603-1829  
E-Mail [info@impuls-stiftung.de](mailto:info@impuls-stiftung.de)  
Internet [www.impuls-stiftung.de](http://www.impuls-stiftung.de)

Eine Veranstaltung von:



IMPULS

[www.vdma.org](http://www.vdma.org)  
[www.impuls-stiftung.de](http://www.impuls-stiftung.de)